

Hoffriseure mit und ohne Pomade

Ein SZ-Autor erregt sich über eine Gewerkschaftsumfrage. Sein Ärger ist repräsentativ

Von Arnold Schölzel

Die deutsche Welt ist die beste aller möglichen und die Bundesrepublik kein Überwachungsstaat. Es ist erreicht, hieß das beim Kaiser. Der ließ sich einen Schnurrbart gleichen Namens hinbiegen, und sein Hofbarbier vertrieb neben der zugehörigen Kaiser-Schnurrbartbinde die Pomade »Donnerwetter – tadellos!« und die Rasiercreme »Wach auf«. Ähnliches ist mangels Schnurrbartträgern beim leitenden politischen Personal der Bundesrepublik demnächst nicht zu gewärtigen. Aber da sind ja ersatzweise die modernen Medien, denen ein Hoffriseur nicht das Duftwasser reichen kann.

Ein exemplarisches Beispiel lieferte am Freitag Detlef Esslinger in der Süddeutschen Zeitung (SZ) ab. Er erregte sich über die Ergebnisse einer Umfrage in 13 Ländern, die der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) veranstaltet hat. Eine Zusammenfassung wurde für die Tagung der G-20-Arbeits- und Finanzminister erstellt, die am Freitag in Moskau stattfand. Darin heißt es unter der Überschrift »Nationale Regierungen als Versager angesehen«: »Im fünften Jahr der Finanzkrise läuft die Weltwirtschaft Gefahr, daß es in Europa zu weiteren Rezessionen kommt, da das Wachstum in aufstrebenden Volkswirtschaften allmählich ins Stocken gerät. Steigende Arbeitslosenzahlen, extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit und der Mangel an menschenwürdigen Arbeitsplätzen sind derzeit die Hauptprobleme, mit denen sich die G20 auseinandersetzen sollte. (...)

80 Prozent der Teilnehmer an der internationalen IGB-Umfrage 2013 geben an, daß ihre Regierung dabei versagt hat, die Arbeitslosigkeit in ihrem Land wirksam zu bekämpfen. Frauen sind am stärksten von der Finanzkrise betroffen und ihre Beschäftigungs- und Einkommenslage verschlechtert sich kontinuierlich. (...) Unternehmensinteressen werden über Arbeitnehmerinteressen gestellt.«

Die Resultate dürften den nicht besonders überraschen, der sich mit den sozialen Verhältnissen hierzulande und anderswo im Kapitalismus vertraut macht. Für den SZ-Autor sind aber speziell die Umfrageresultate für Deutschland eine Grenzüberschreitung, genauer: Eine Majestätsbeleidigung. Unter der Überschrift »Bundesrepublik Jammerland« rät er, nur gut jeder vierte Befragte in der Bundesrepublik habe gefunden, daß die Regierung die Arbeitslosigkeit effektiv bekämpfe. Das seien »deutlich weniger als in China und Brasilien.« Noch seltsamer sei, daß nur fünf Prozent der Deutschen der Meinung sein sollen, »in der Wirtschaftspolitik gehe es um die Interessen von Menschen.« Esslingers Erklärung für das Mirakel: Die hiesige Gesellschaft habe »den Bezug zu allem verloren, was tatsächlich Elend bedeutet.«

Wie gesagt, es ist erreicht. Und wer das nicht begreift, ist laut Esslinger »etwas verrückt«. Da ließe sich sagen: Wer so wenig von grassierender Armut, gesetzlich verordnetem Lohndumping, von den Lebensverhältnissen überhaupt